

Kommunalpolitik am Beispiel des Breslauer Platzes

Der Breslauer Platz in Friedenau ist ein großartiges Beispiel für die Förderung der Politikverdrossenheit. Wir könnten die ganze traurige Geschichte bezüglich der Umgestaltung des Platzes vor dem Rathaus Friedenau auf den nächsten zwanzig Seiten dokumentieren, was wir natürlich nicht machen. Auf www.paperpress.org könnten Sie alles nachlesen. Der Platz wurde nach vielen Jahren der Planung endlich umgestaltet und sieht nun recht ordentlich aus, sieht man einmal davon ab, dass die Anordnung der Pflastersteine Parkbuchten gleichen, Parken aber auf dem Platz verboten ist.



Der Breslauer Platz mit dem gegenwärtig eingeschränkten Markt. Die Lauterstraße rechts soll nun höhengleich mit dem Gesamtplatz gestaltet werden.

Der Wunsch vieler, aber eben nicht aller Beteiligten war, die angrenzende Lauterstraße in einer Ebene in den Platz zu integrieren. Nun ging es darum, ob die dann ehemalige Straße noch einen Rand behält, so dass beispielsweise Blinde dies erkennen können. Es ging hin und her und führte letztlich zum Baustopp. Nun aber geht es voran. Der zuständige Baustadtrat Daniel Krüger (CDU) verschickte eine Pressemitteilung mit der viel sagenden Überschrift: „Breslauer Platz - Zwischenzustand für die Lauterstraße bis zur Rechtskraft des Teileinziehungsverfahrens.“ Klare Sache.

In der Mitteilung heißt es weiter: „Das Bezirksamt hat auf Ersuchen der BVV das Teileinziehungsverfahren für die Lauterstraße eingeleitet. Die Verfahrensdauer ist von verschiedenen Faktoren abhängig und kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorhergesagt

werden. Damit dem Bezirk trotzdem möglichst keine für den Breslauer Platz vorgesehenen finanziellen Mittel aus dem Haushaltsjahr 2015 verloren gehen, hat das Bezirksamt beschlossen, noch während des laufenden Teileinziehungsverfahrens, die Bauarbeiten wieder aufzunehmen und nach Maßgabe der rot-grünen Zählgemeinschaft umzusetzen.

Bis zur Rechtskraft des Teileinziehungsverfahrens muss eine verkehrssichere Benutzung und Querung der Lauterstraße gemäß der aktuellen Widmung, das heißt, einschließlich der Benutzung als Fahrbahn, für alle Verkehrsteilnehmer/innen sichergestellt werden.“

Die schon erwähnte Rot-Grüne Zählgemeinschaft sieht den Vorgang wie folgt: „Breslauer Platz kann endlich zur Fußgängerzone umgestaltet werden. Das Bezirksamt soll den Baustopp am Breslauer Platz aufheben und den Umbau zur Fußgängerzone mit durchgehender und höhengleicher Platzfläche endlich abschließen. Das beschloss auf Antrag der Fraktionen der Grünen und der SPD die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg. Die Gestaltung des Breslauer Platzes als Fußgängerzone, entsprechend den Wünschen der Anwohner, ist zwar schon längst Beschlusslage der BVV, doch die Umsetzung wurde bisher durch den zuständigen Baustadtrat Daniel Krüger regelrecht sabotiert. Gegen den ausdrücklichen Wunsch der BVV-Mehrheit wollte Krüger den zum Platz gehörenden Teil der Lauterstraße für den Autoverkehr freihalten und statt mit der Anlage eines durchgehenden höhengleichen Platzes zu beginnen, wollte er eine drei Zentimeter hohe Bordsteinkante legen lassen, offenbar für einen von der BVV abgelehnten ‚Zufahrtsweg‘.

Um durch solche Maßnahmen Krügers nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, hatte die BVV zunächst den Baustopp durchsetzen müssen. Nachdem das Bezirksamt nun den Beschluss gefasst hat, dass der Breslauer Platz, so wie von der BVV gewollt, umgestaltet werden soll, konnte der Baustopp jetzt wieder aufgehoben werden.

Dazu Jan Rauchfuß, Fraktionsvorsitzender der SPD, und Jörn Oltmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen: „Hier haben sich nach langem Hickhack die Anwohnerinteressen endlich durchgesetzt. Herr Krüger allerdings sollte das als seine letzte politische Chance sehen, sich einer demokratischen Mehrheitsentscheidung zu beugen.“

An Projekten wie dem Breslauer Platz kann man noch so etwas wie eine Gemeinsamkeit der Rot-Grünen Zählgemeinschaft erkennen. Ansonsten ha-

ben die Roten und Grünen eher „die Fresse dick“ voneinander. In der Bezirksverordnetenversammlung geht es ohnehin drunter und drüber, abgestimmt wird nach Sachlage, nicht nach Zählgemeinschaft. Der Wahlkampf tobt schon mächtig, jeder gegen jeden.

Die drei großen Parteien liegen in Tempelhof-Schöneberg relativ dicht beieinander: SPD 26,6 %, CDU 29,3 % und Grüne 24,6 %. Da reicht schon eine kleine Verschiebung der Werte, und schon sähe alles anders aus. Die SPD kann sich nicht sicher sein, wieder die Grünen nach der Wahl 2016 ins Bett zu bekommen. Und ob die CDU wieder stärkste Partei wird, muss auch abgewartet werden. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jörn Oltmann, war in letzter Zeit sehr häufig bei der CDU zu sehen. Oltmann würde gern Stadtrat werden, wenn Sibyll Klotz aufhört.

Bauen und Stadtplanung ist im Bezirk derzeit auf zwei Dezernenten verteilt. Krüger für Bauen, vornehmlich Tiefbau, und Klotz für die Stadtplanung einschließlich Baugenehmigungen und Denkmalschutz. Wie chaotisch und ideologisiert dieses Amt von Klotz verwaltet wird, ist bis weit über die Grenzen Tempelhof-Schönebergs hinaus bekannt. Würde Oltmann ihr in dieses Amt folgen, ginge es vermutlich so weiter, weniger chaotisch, dafür aber noch ideologischer. Wer immer mit den Grünen 2016 eine Zählgemeinschaft eingeht, sollte darauf achten, wenn ihm etwas an der Weiterentwicklung des Bezirks liegt, auf keinen Fall den Grünen das Stadtentwicklungsressort zu übertragen.

Bei der SPD stehen Bürgermeisterin Angelika Schöttler und Bürgerdienste- und Jugendstadtrat Oliver Schworck in den Startlöchern. Die Nominierung findet am 5. Dezember statt. Nur in einer Zählgemeinschaft, in der die SPD die stärkste Fraktion stellt, kann Schöttler wieder Bürgermeisterin werden. Sollte die SPD nur drittstärkste Partei werden und nur noch einen Stadtrat stellen dürfen, bräche der Kampf zwischen Schöttler und Schworck aus. Bei den Grünen ist Oltmann aber nicht der einzige Bewerber um ein Stadtratsamt. Auch Martina Zander-Rade, die eine schwarz-grüne Zählgemeinschaft im Privatleben vorlebt, soll Interesse an einem Sitz im Bezirksamt haben.

Die CDU hat ihre BVV-Liste schon fertig. Angeführt wird sie von Jutta Kaddatz. Die stellvertretende Bürgermeisterin möchte gern den Chefposten im Rathaus übernehmen. Das ginge vermutlich nur mit den Grünen als Juniorpartner. Fraktionschef Ralf Olschewski belegt Platz 2, obwohl ihm nachgesagt

wird, den Vorsitz nicht erneut anzustreben. Auf Platz 3 Petra Dittmeyer, die Vorsteherin der BVV. Unter den halbwegs realistischen Plätzen (25), die im Laufe einer Legislaturperiode besetzt werden könnten, finden sich acht neue Namen, allerdings erst ab Platz 15. Dort taucht Scott Körber auf, der schon einmal für seine Partei im Abgeordnetenhaus saß. Die CDU setzt also auf Bewährtes, der Nachwuchs muss sich hinten anstellen.

Bis zum nächsten Urnengang wird es also Wahlkampf im ehrwürdigen Saal der BVV geben. Das werden relativ überflüssige Veranstaltungen sein, denn das Publikumsinteresse an den BVV-Sitzungen ist äußerst gering.

Ed Koch